

Krankenhauspersonal entlasten - nicht entlassen!!!

Laut des Berichts des Weser-Kurier (siehe Rückseite) stehen die vier Krankenhäuser der Gesundheit Nord kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Als erste Maßnahmen sollen 90 Stellen im ärztlichen Bereich abgebaut werden.

90 Vollzeitstellen ärztlicher Fachkräfte, die bundesweit gesucht, gefeiert und prämiert wurden, sollen jetzt wieder gestrichen werden.

Die Erfahrung zeigt, dabei wird es nicht bleiben! Seit Jahrzehnten werden bei finanziellen Engpässen immer wieder blind Stellen abgebaut. Die Pflege und anderen Bereiche kommen mit einem blauen Auge davon? Sicher nicht!

Wir fordern u.a.:

- **Keinen weiteren Personalabbau in den Krankenhäusern, weder im ärztlichen Bereich noch in anderen Bereichen**
- **Krankenhäuser entschulden und von der Gewinnorientierung befreien**
- **Abschaffung des Fallpauschalensystem (DRG's)**
- **Eine gesetzliche bedarfsgerechte Personalbemessung auf Grundlage der PPR2.0**
- **Die Abschaffung von lohndrückenden Tochtergesellschaften wie der GND! Die GND-Kolleg*innen müssen wieder, nach TVöD (Tarifvertrag Öffentlicher Dienst) arbeitsvertraglich direkt an die Krankenhäuser angebunden werden**

Patient*innenversorgung ist mit einem Motor zu vergleichen, alle Komponenten müssen an ihrem Platz und ausreichend vorhanden sein. Hat man kein Geld für Öl und zu wenig im Motor, sollte man nicht weiterfahren — sonst nimmt der Motor Schaden oder wird in Gänze zerstört.

Dieses weiß auch die Geschäftsführung der Gesundheit Nord und die Gesundheitssenatorin Frau Bernhard (DIE LINKE), die gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der GeNo ist.

Sie hatten in der Vergangenheit zurecht den Krankenhausmotor mit Öl gefüllt und diese Stellen geschaffen — jetzt soll das Öl wieder abgelassen und der Motor weiter geschädigt werden.

Mutig oder dumm? Entscheiden Sie selber!

Täglich sind mehrere hundert Krankenhausbetten in Bremen auf Grund des Fachkräftemangels gesperrt. Leider können dringend benötigte zusätzliche Stationen zur vorsorglichen Isolierung von Patient*innen mit ausstehenden Corona-Testergebnissen aus Fachkräftemangel nicht eröffnet werden und die Beatmungsplätze auf den Intensivstationen werden bekanntlich aus diesem Grund knapp. Stundenlange Wartezeiten in den Ambulanzen, weil Fachpersonal dort und auf den abnehmenden Stationen fehlt. Kolleg*innen sollen zur Gesundheit Nord Dienstleistung (GND) gestellt werden, weil es dort weniger Gehalt gibt.

Die Spahn'sche-Krankenhausfinanzierung ist gescheitert, die Fallpauschalen ruinieren nicht nur den überwiegenden Teil der deutschen Krankenhäuser sondern gefährden auch unser aller Gesundheit.

Die Corona-Pandemie hat zugespitzt gezeigt: Profite pflegen keine Menschen.

Schon vor der Pandemie war der sogenannte Normalzustand in den Krankenhäusern ein Krisenzustand.

Die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern sind unerträglich.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben dieses erkannt und immer wieder kenntlich gemacht.

Weder Politik noch Gesellschaft gaben den Kolleg*innen durch Gesetzesänderung und Unterstützung Hoffnung auf eine positive Veränderung, deswegen verlassen viele in einem letzten Akt der Selbstrettung die Krankenhäuser.

Das Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat schon seit Jahren auf das fehlende Personal, auf die krankmachenden Arbeitsbedingungen hingewiesen. Das Bremer Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal ist vom Bremer Senat abgeschmettert worden. Laut ver.di fehlen 1600 Stellen in den Bremern Krankenhäusern.



**BREMER BÜNDNIS FÜR MEHR
PERSONAL IM KRANKENHAUS**

Unterstützt von 

www.mehr-krankenhauspersonal-bremen.de
www.facebook.com/BremerKrankenhausbuendnis/

ViSdP: Ariane Müller,
Bremer Bündnis für mehr
Personal im Krankenhaus

Zahlreiche Ärzte-Stellen werden abgebaut

Bremer Klinikverbund vor harten Einschnitten

von Jürgen Theiner, erschienen im Weser-Kurier am 16.1.2020

Der Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord geht in ein weiteres Krisenjahr. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie überlappen sich mit strukturellen Problemen. 2021 sollen vor allem Ärzte-Stellen abgebaut werden.

Der städtische Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) steht wirtschaftlich vor einem schwierigen Jahr. Eine akut drohende Zahlungsunfähigkeit ist abgewendet, doch es steht ein spürbarer Personalabbau bevor, der über die zuletzt gemeldeten 90 Stellen hinausgehen wird. Nur der pflegerische Bereich soll hiervon ausgenommen bleiben.

Wie angeslagen die Geno ist, zeigt eine vertrauliche Vorlage für die jüngste Aufsichtsratsitzung. Das Papier liegt dem WESER-KURIER vor. Demnach hat der Verbund der vier Häuser in Mitte, Ost, Nord und Links der Weser im abgelaufenen Jahr ein Minus von 46,2 Millionen Euro zu bilanzieren. In diesem Betrag sind corona-bezogene Ausgleichszahlungen des Bundes enthalten. Finanzielle Auswirkungen der Pandemie – wie Einnahmeausfälle durch verschobene Behandlungen und Mehrkosten im Hygienebereich – machen ungefähr die Hälfte des Verlustes aus. Damit hätte die Gesundheit Nord auch ohne Corona ihr ursprünglich angepeiltes Ziel verfehlt, das Minus auf 20 Millionen Euro zu begrenzen. Insbesondere im zweiten Halbjahr 2020 sei die betriebswirtschaftliche Entwicklung „dramatisch“ gewesen, heißt es in der Aufsichtsratspräsentation wörtlich.

Der Klinikverbund geht also mit einer gewaltigen Hypothek ins neue Geschäftsjahr. Sein Betriebsmittelkredit im dreistelligen Millionenbereich ist fast ausgereizt, und ohne weitere Liquiditätshilfen der Stadt Bremen, der die Geno zu 100 Prozent gehört, wären spätestens am Ende des ersten Quartals alle finanziellen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Geschäftsleitung in Abstimmung mit Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) entschlossen, dem sogenannten Cash-Pooling des Finanzressorts beizutreten. Dabei handelt es sich um eine Art Überziehungskredit, der auch anderen städtischen Firmen, die durch Corona gebeutelt sind, bereits eingeräumt wurde. Die Aufnahme ins „Cash-Pooling“ ist Anfang der Woche wirksam geworden. Sie verschafft der Geno einen zusätzlichen finanziellen Spielraum von zunächst 50 Millionen Euro.

Zuschüsse eher rückläufig

Die Lage bleibt gleichwohl kritisch. „Für die Geno ist es eigentlich zehn Minuten nach zwölf“, sagt ein Aufsichtsratsmitglied, das nicht namentlich genannt wer-

den möchte. Völlig unklar ist beispielsweise, in welchem Umfang der Bund die Kliniken 2021 für coronabedingte Verluste entschädigen wird. In dem Aufsichtsratspapier wird davon ausgegangen, dass die Zuschüsse aus Berlin eher rückläufig sein werden.

Weitere Probleme: Die Entwicklung von Erlösen und Personalstärke läuft seit Jahren auseinander. Geschuldet ist das der Geschäftspolitik der Geno. Die Leitung des Klinik Konzerns verfolgte das Ziel, durch Ankurbeln der Umsätze aus den roten Zahlen zu kommen. Tatsächlich sanken die Einnahmen aus dem medizinischen Betrieb seit 2017 kontinuierlich um rund 6,5 Prozent per annum. Im gleichen Zeitraum wuchs der Personalbestand des Verbundes von 5504 auf 5759 Vollzeitstellen. 2020 genehmigte sich die Geno im Rahmen ihrer Expansionsstrategie 172 neue Stellen. Zwischen Januar 2019 und Dezember 2020 heuerte der Klinik Konzern 102 zusätzliche Ärzte an.

Längst nicht für alle gab es genug zu tun. Im Aufsichtsratspapier wird der akute Überhang über alle Arbeitsbereiche hinweg auf rund 100 Stellen beziffert, was einer Mehrbelastung von neun Millionen Euro entspreche. In ihrer Vorhersage für 2021 bleibt die Geno-Spitze zurückhaltend. Als realistisch wird das Ziel bezeichnet, ein Viertel des Umsatzrückgangs von 2019 auf 2020 zurückzugewinnen.

Die Pflege ist tabu

Gesundheitssenatorin Bernhard sieht keine Alternative zu einem Personalabbau. „Der muss allerdings intelligent vonstattengehen, nicht mit dem Rasenmäher“, sagt die Linken-Politikerin. Die Pflege sei tabu, ansetzen müsse man vor allem im ärztlichen Bereich, in der Verwaltung sowie bei der Leiharbeit. Die Strategie der Umsatzsteigerung, die in den vergangenen Jahren verfolgt wurde, erklärt Bernhard für erledigt: „Wir treten nicht mehr mit einer Leistungssteigerung an.“

In der Aufsichtsratsvorlage werden darüber hinaus Potenziale benannt, mit den sich Kosten einsparen und Erlöse verbessern lassen. Viele dieser Stichworte standen schon in früheren Strategiepapieren, etwa die verbesserte Dokumentation medizinischer Leistungen gegenüber den Krankenkassen. Claudia Bernhard bleibt dennoch optimistisch: „Wir werden das Schiff in ruhigeres Fahrwasser bringen.“